

BONN

RUHRBERGBAU

Der Unternehmensverband Ruhrbergbau hat in einem Fernschreiben an Bundeswirtschaftsminister Erhard scharf gegen die Pläne der Bundesregierung protestiert, Ruhrkohle auf dem deutschen Markt dem Konkurrenzdruck anderer Brennstoffe auszusetzen. Der Vorsitzende des Unternehmensverbandes, Wimmelmann, und Geschäftsführer Keyser ließen Erhard wissen, daß die „Erleichterung der Einfuhr von Steinkohle und Mineralöl“ es unmöglich mache, die Kapazität der „einheimischen Primärenergie“ so zu erweitern, wie es von allen Seiten gefordert werde.

ZITATE

„Schimpfen Sie im Bundestagsrestaurant über das Essen und über die Bedienung und im schlimmsten Fall auch noch über den Bundestagspräsidenten, aber seien Sie vorsichtig mit politischen Unterhaltungen; die Wände und die Decken haben da Ohren, und es ist da unten schon manches durchgesickert, was vertraulich bleiben sollte.“ (Bundeskanzler Konrad Adenauer zu den erstmals in den Bundestag gewählten Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.)

„Es war eine lebhaftere Vorstellung mit mehreren Ingredienzien der Operette, in der Polizei, Presse, Zuschauer und Hochzeitsgäste mitspielten.“ (Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ über die Hochzeit des Kanzlersohns Georg Adenauer mit der Schwedin Ulla-Brita Jeansson in Kalmar, Südschweden.)

„Die Manöver wurden so durchgeführt, als wollten die Brüder Wright erst noch die Flugmaschine erfinden.“ (Die Londoner „Times“ über eine Geländeübung der Bundeswehr im Raum Hannover.)

HÖRENSAGEN

Nach neuestem Bonn-mot

▷ soll der deutsche Botschafter in der Schweiz, Dr. Friedrich Holzzapfel, der in Kürze aus dem diplomatischen Dienst ausscheiden will, einen Lehrstuhl an der Bonner Diplomatschule erhalten.

OSTPOLITIK

Probefall Tito

Am Dienstagabend vergangener Woche waren Bundesaußenminister Heinrich von Brentano und die Spitzen seines Amtes im Bonner Presseklub zu Gast. Die Diplomaten und die Zeitungsleute hatten sich nach einem reichhaltigen kalten Büfett gerade in kleinen Gruppen zusammengesetzt, um ein politisches Gespräch zu beginnen, als der persönliche Referent Brentanos, der Legationsrat erster Klasse Peter Limbourg, plötzlich von Tisch zu Tisch eilte: „Botschafter Pfeleiderer ist gestorben. Der Minister geht.“

Die fröhliche Runde verwandelte sich schnell in eine Trauergemeinde. Heinrich von Brentano nahm die zahlreichen Beileidsäußerungen zum Tode des deutschen Bot-



Botschafter Pfeleiderer (†), Minister von Brentano: Wie lange ist Pankow zu boykottieren?

schafters in Belgrad entgegen und verschwand. Staatssekretär Hallstein und die Direktoren des Außenamtes folgten stehenden Fußes, die Gastgeber blieben unter sich zurück. Ihre Hoffnung, an diesem Abend etwas über die Aktivierung der deutschen Ostpolitik zu erfahren, von der seit den Wahlen soviel gemunkelt wurde, war zerronnen.

Es ist nun wahrscheinlich, daß auch in Zukunft nicht mehr viel von einer Aktivierung der deutschen Ostpolitik zu hören sein wird. Karl Georg Pfeleiderer war nämlich der gewichtigste Förderer von Bestrebungen im Auswärtigen Amt, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufzunehmen.

Schon 1954 hatte Pfeleiderer derartiges gefordert. Er glaubte, daß für Bonn der Weg zur deutschen Einheit über Warschau führe, nachdem die Pariser Verträge eine schnelle Wiedervereinigung unmöglich gemacht hätten. Solche Ansichten hatte er noch in den vergangenen Wochen in der Bundeshauptstadt immer wieder vertreten, und selbst Kanzler Adenauer hatte ihm interessiert zugehört.

Pfeleiderer war zur Berichterstattung nach Bonn beordert worden, weil der jugoslawische Staatschef Tito Mitte September während des Gomulka-Besuchs in Belgrad die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ anerkannt und ein Kommuniqué unter-

zeichnet hatte, in dem es heißt, „daß die Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands von der Tatsache ausgehen muß, daß zwei deutsche Staaten bestehen“. Der Botschafter Pfeleiderer hatte seiner Zentrale berichten müssen, es sei damit zu rechnen, daß Jugoslawien in Kürze diplomatische Beziehungen zur „DDR“ aufnehmen werde.

Pfeleiderer meinte auch Titos Gründe für diesen Schritt zu kennen: Der jugoslawische Staatschef wolle sowohl Chruschtschew als auch Gomulka in ihrem Kampf gegen die Stalinisten in den eigenen Reihen unterstützen. Tito werde dabei — meinte Pfeleiderer — heimlich von den Westmächten ermutigt, denen die Entwicklung im Ostblock wichtiger sei als der deutsche Anspruch auf die Gebiete ostwärts der Oder-Neiße-Linie.

Die führenden Leute im Bonner Außenamt, allen voran Staatssekretär Hallstein, glaubten jedoch Pfeleiderers Prophezeiungen nicht. Sie hoffen immer noch, daß man Tito von einer offiziellen Anerkennung der „DDR“ abhalten könne. Aber selbst hohe amerikanische Diplomaten in Bonn sind bereit, Wetten darüber abzuschließen, daß Jugoslawien noch vor Weihnachten Beziehungen zu Pankow aufnehmen wird.

Damit aber wäre einer der Grundpfeiler der westdeutschen Außenpolitik zusammengestürzt. Denn erklärtes Ziel der Bonner Diplomatie ist, die Sowjetzone von allen diplomatischen Verbindungen zu Landern

abzuschneiden, die nicht zum sowjetischen Machtbereich gehören.

Bonn hat dieses Ziel bisher mit der massiven Drohung erreichen können, es werde die diplomatischen Beziehungen zu jedem Staat abbrechen, der Pankow anerkennt.

Sollte Tito nun aus dieser Boykott-Front ausscheren, dann müßte die Bundesregierung ihre Drohung entweder wahr machen und die Beziehungen zu Jugoslawien abbrechen, oder sie stände als Großsprecher da, der seine Drohungen nicht wahr machen kann, was andere Staaten wie Syrien und Ägypten, vielleicht aber auch Indien und Schweden, ermuntern könnte, bald dem jugoslawischen Beispiel zu folgen.

Botschafter Pfeleiderer meinte nun, daß man diese Boykott-Politik auf die Dauer nicht aufrechterhalten könne, wenn man sich nicht selber blockieren wolle. Er hatte deshalb im Einvernehmen mit dem Leiter der Länderabteilung des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Welck, vorgeschlagen, die Flucht nach vorn zu ergreifen und selber diplomatische Beziehungen mit einem Land aufzunehmen, das schon Beziehungen zur „DDR“ hat — nämlich mit Polen —, auch wenn dadurch einigen anderen Staaten der Vorwand geliefert würde, die „DDR“ anzuerkennen.

In zahlreichen Aufzeichnungen hatten diese Protagonisten einer aktiven deutschen Ostpolitik ihren Standpunkt begründet: Sie versprechen sich von Beziehungen zu Polen einen Einfluß auf die Entwicklung im Satellitenbereich; die Atmosphäre zwischen Bonn und Warschau könnte verbessert werden, und das polnische Unabhängigkeitsstreben gegenüber Moskau würde unterstützt.

Diese Argumente haben auch außerhalb des Amtes gewirkt. Sogar der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke, meint heute, daß man die „DDR“ nicht auf unbegrenzte Zeit in der Isolierung halten könne, und Konrad Adenauer machte schon gleich nach den Bundestagswahlen versteckte Andeutungen über seine Absicht, im Osten etwas zu unternehmen.

Die Träger der bisherigen Boykott-Politik — Außenminister von Brentano, Staatssekretär Hallstein, Professor Grewe — sind nun dabei, ihren Standpunkt hart zu verteidigen. In voluminösen Denkschriften weisen sie darauf hin, daß man gerade um der deutschen Einheit willen die Tür zu einer Anerkennung Pankows nicht öffnen dürfe.

Anderenfalls bestehe die Gefahr, daß die Weltöffentlichkeit sich immer mehr mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfände. Grewe fügt hinzu: „Mit der Entsendung eines Botschafters allein ist nichts getan, wenn die internationale Lage es nicht zuläßt, daß ein solcher Botschafter die Politik des Landes, in dem er wirkt, wesentlich beeinflussen kann. Das hat sich ja auch im Falle Pfeleiderers gezeigt.“

Professor Grewe schlägt vor, daß in Warschau und anderen Satelliten-Hauptstädten Wirtschaftsmissionen errichtet werden. Die polnische Regierung hat jedoch erklärt, daß sie damit heute nicht mehr zufrieden sei, sondern volle diplomatische Beziehungen wünsche. Im vergangenen Jahr hätte Polen noch eine Wirtschaftsmission akzeptiert. Aber das Auswärtige Amt verpaßte die Gelegenheit.

Die letzte Entscheidung über die Richtungskämpfe im Außenamt hat sich Kanzler Adenauer selber vorbehalten. Die Gegner und die Befürworter einer aktiven Ostpolitik unter den Bonner Diplomaten befürchteten aber, daß sich Konrad Adenauer und Heinrich von Brentano mit Halbheiten zufriedengeben werden: Die Bundesregierung werde weder diplomatische Beziehungen zu Polen aufnehmen noch die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abbrechen, wenn Tito die „DDR“ anerkennen sollte.

PRESEAMT

Versprochen und behalten

Ein sicheres Geschäft glaubte der Mitinhaber der Bastian-Druckerei in Winnungen an der Mosel, Albert Steinhauer, zu machen, als er im Mai dieses Jahres den Auftrag übernahm, 71 500 Exemplare einer Wahlkampfbroschüre für die Bundesregierung zu drucken. Indes: Er wartet noch heute auf 51 000 von den insgesamt 54 000 Mark, die er seinem Auftraggeber dafür berechnete.

Dabei hat die für diesen Auftrag zuständige Bundesbehörde, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die gesamte Summe von 54 000 Mark längst ausgezahlt. Daß die Bastian-Druckerei das Geld bisher dennoch nicht bekam, ist eine Folge des Umstandes, daß vom Bundespresseamt ein Mittelsmann in dieses Ge-



Gescheiterter „Mix“-Verleger Bohnemeier
Tante gab den Namen

schäft eingeschaltet wurde, der das Geld zwar erhielt, aber nicht an die Bastian-Druckerei weiterleitete.

Der Mittelsmann heißt Rolf Bohnemeier. Er war ehemals Major im Generalstab, heute weist ihn das Bonner Branchenverzeichnis als Verleger aus. Seine verlegerischen Bemühen verliefen jedoch bisher nicht sonderlich erfolgreich.

Bohneimeier, bis dahin Verlagsvertreter, hatte im Jahre 1953 ein eigenes Unternehmen, den Verlag Schimmelbusch & Co., Bonn, Meckenheimer Straße 55, gegründet. Den Namen für das Unternehmen hatte er sich von seiner Tante ausgeliehen, denn: „Mein Name eignet sich nicht so unbedingt.“

Die Tante durfte vier Monate lang Teilhaber spielen, dann übernahm Kompagnon Bohnemeier das Unternehmen in

Alleinregie. Die Verlagsobjekte, mit denen er in der Folge den westdeutschen Büchermarkt anreicherte, geben Zeugnis von dem Geist des jungen Firmenchefs. Unter den Neuerscheinungen, die Schimmelbusch & Co. zum Beispiel in ihrem neuesten Herbstkatalog feilboten, rangieren an erster Stelle Bücher vom Genre: „Ärmelstreifen Afrikakorps“, „T 33-Wilco, zwei junge Strahljäger“, „Whisky, Alpha, Yankee — als Landratte zur Bundesmarine“.

Die Buchproduktion allein befriedigte den Verleger Bohnemeier aber offenbar nicht. Schon Anfang 1954 war er auf die Idee gekommen, eine Monatszeitschrift unter dem Titel „Man spricht davon“ herauszugeben. Da es ihm an Eigenmitteln fehlte, ging er Mitte des Jahres das Bundespresseamt um einen rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 100 000 Mark an.

Chef dieses Amtes war damals Edmund („Mundi“) Forschbach, der von Bohnemeiers Plänen sehr angetan war, um so mehr, als inzwischen die Bundeszentrale für Heimatdienst, eine Bonner Institution zur Verbreitung demokratischen Gedankengutes, eine Starthilfe von 8500 Mark beigesteuert hatte. Forschbach versprach Geld. Als Gegenleistung wurde vereinbart, das Bundespresseamt werde bei der redaktionellen Gestaltung des neuen Blattes federführend sein.

Aus der Mannschaft der Presseamtsfunktionäre wurde alsbald jemand in die Redaktion der Monatszeitschrift abkommandiert. Das war der Chef vom Dienst im Bundespresseamt, Wilhelm Lange. Er dachte sich zunächst für das geplante Blatt einen ihm zugkräftiger erscheinenden Titel aus: „Mix-Magazin aus Bonn.“

Fünf Prozent für Schimmelbusch

Obwohl Verleger Bohnemeier bis zu diesem Zeitpunkt noch immer ohne jede schriftliche Zusage des Bundespresseamtes über die in Aussicht gestellten Gelder war, ging die erste „Mix“-Nummer, die November-Ausgabe 1954, mit einer Einführungsaufage von 100 000 Exemplaren in Druck.

Bald näherte sich der Erscheinungstermin der Dezember-Ausgabe 1954. Bohnemeier war noch immer ohne schriftliche Zusage des Bundespresseamtes für eine Finanzhilfe. Er ließ trotzdem drucken.

Diese zweite Nummer des „Mix“-Magazins wurde die letzte. Nicht nur, daß die Starthilfe der Bundeszentrale für Heimatdienst längst aufgebraucht war. Inzwischen waren auch bei der Druckerei DuMont Schauberg, Köln, „Mix“-Schulden in Höhe von 124 000 Mark aufgelaufen; kein Wunder, daß man sich dort beharrlich weigerte, eine dritte Ausgabe jenes zweifelhaften Objekts zu drucken. Auch „Mundi“ Forschbach wollte von mündlich gegebenen Geldversprechen nichts mehr wissen. Rolf Bohnemeier blieb allein auf seinem „Mix“-Schuldenberg sitzen.

Der Verleger ließ nun nichts unversucht, die Schuldenlast auf Forschbach und das Bundespresseamt abzuwälzen. Obgleich Bohnemeier sich auf nichts Schriftliches zu berufen vermochte, behauptete er doch, im guten Glauben an die finanzielle Partnerschaft des Bundespresseamtes gehandelt zu haben. Die Abkommandierung des Presseamtsfunktionärs Wilhelm Lange in die „Mix“-Redaktion schien ihm — neben Forschbachs Versprechen — Beweis genug.

Indes, Bohnemeier stieß überall auf taube Ohren. Er versuchte schließlich, auf dem Rechtsweg zu Geld zu kommen und verklagte das Bundespresseamt vor dem Bonner Landgericht; der Verlag Schimmelbusch & Co. habe einen Schaden von